

**Util!**  
Nuriges absolut geruchloses Haarwasser. Unübertrefflich gegen Kopfschuppen, Haarausfall. Zu haben: Mohren-Apothek, Dresden und in besseren Drogerien, Parfümerie-Geschäften etc. Pl. 1.50 M., 3 Pl. franco 4.50 M. Fabrik Hygien, Dresden 14, c.

# Dresdner Nachrichten



**H. Niedenführ,**  
Dresden, Wallstrasse 14.  
Permanente  
**Ausstellung**  
von  
**Seidel & Naumann's**  
1895er Fahrrädern.

**Meyer's wetterfeste Joppen**  
für Herren und Knaben.  
**Schlafrock - Meyer, Frauenstrasse 7.**  
Dresden, 1895.

**Reise-Artikel,**  
Photographiealbums, Damentaschen, Portefeuillewaaren empfiehlt in reichhaltiger Auswahl  
**Bernhard Rüdiger,**  
Wilsdruffer Strasse 3.

Dresden, Seestr. 5. Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig, München.  
Billig, reell, sorgfältig, schnell. Anlauf v. Erfordernissen.  
**Dr. J. Schanz & Co.**  
**Patente**

**C. Heinrich Barthel**  
Putz- und Modewaarenhaus  
Waisenhausstrasse 30.  
Eigene Strohhutfabrik. \* Neueste Modelle.  
Fernsprecher III, 3390.

**Für die Sport-Festwoche** eleg. Neuheiten garnirter Damenhüte **L. Weidig, Waisenhausstr. 34.**  
in jeder Preislage.

**Nr. 136. Spiegel:** Regierung und Geistlichkeit in Frankreich. französische Finanzen. Hofnachrichten. Ausstellung für Kinderpflege, Waimetzing, Corsofrobefahrt, Eistanzzeit, Reich der Schlichtfelder, Bismarckhuldigung. Vermuthliche Witterung: Auhler, Niederdrückung. **Donnerstag, 16. Mai.**

**Politisches.**

„Drei Tage wird rauchlos, nachher wieder Dede parirt!“ lautet eine alte Soldatenregel, die sich auch gegenüber der Umsturzvorlage bewährt. Die Vorlage ist gefallen und das Prestige der Regierung hat durch die den Sturz des Geheimschweizers begleitenden Umstände keine Stärkung erfahren. Diese Thatsache steht nun fest und damit basta! Reht handelt es sich nicht mehr darum, die begangenen Fehler zu beklagen und zu betiteln, sondern ihre Wiederkehr zu verhindern, und das kann nur erzielt werden, wenn man sich ihrer klar bewußt wird. Welcher Art diese Fehler sind, darüber kann kein Einsichtiger im Zweifel sein und die Regierung selbst am wenigsten. Darf man also hoffen, daß die maßgebenden Kreise aus der letzten Niederlage die entsprechende Rahmenvorstellung für die Zukunft ziehen werden, so wäre es verwunderlich, wenn die nationalen Parteien durch löpfbühlerische Ausfälle die Sammelarbeit der Regierung fördern wollten. Das Deutsche Reich wird durch das Scheitern der Umsturzvorlage nicht an den Angeln gehoben. „Ein Mann über Bord — voilà tout!“ Das Reichschiff aber, nachdem es einen Augenblick bad gebrannt hatte, um einen vergeblichen Versuch zur Rettung des Verunglückten zu machen, verfolgt seinen Kurs weiter, die Besatzung entsetzt auf und mit Hurrah geht es vorwärts in die Wogen: „Voll Dampf voraus!“

diese hingebungsvolle Aufopferung? Sie hatte nicht Eiligeres zu thun, als von dem so schwer betroffenen Erben schlüssig die Zuwachssteuer einzutreiben! Dieser Vorfall erinnert lebhaft an ein ähnliches Vorkommnis, bei dem die leitende Rolle der Pariser Gemeinderath spielte. Bei der Aufstellung des Stadtbudgets kam u. A. ein Posten von 1500 Frs. in Frage, den die Stadt Paris alljährlich als Beihilfe an einen Schwelgerorden zahlte, der unentgeltlich eine große Anzahl fieser Kinder verpflegt. Diese 1500 Frs. wurden gestrichen, aus Janatismus gegen den kirchlichen Charakter der wohlthätigen Anstalt, zu deren Unterhaltung sie als bescheidener Beitrag bisher gebient hatten. Für freier Arbeiter aber 10,000 Frs. zu bewilligen, darauf kommt es demselben Stadtrath gar nicht an. Von dieser kindlichen Gefügigkeit sind sowohl die staatlichen wie die kommunalen Behörden gegen Alles erfüllt, was mit der Kirche, mit der Religion zusammenhängt. Die staatliche Autorität gräbt sich dadurch selbst ihr Grab und beirrt die Geschäfte des revolutionären Sozialismus, der auch bei dem neuesten kirchlich-staatlichen Konflikt wegen der Zuwachssteuer das Ziel von der Suppe abschöpfen wird.

wagen, über Beschlüsse des Reichstages so ohne Weiteres hinwegzugehen. Wir würden, wenn wir demselben die Glatz ablehnten, auch die Bewilligung von Diliten erzwungen können. — Staatssekretär v. Bötticher: Ueber den vorjährigen Beschluß des Reichstages, der sich mit dem gegenwärtigen Antrag deckt, hat der Bundesrath noch keinen Beschluß gefaßt, ich kann mich daher hierüber nicht weiter äußern, nur dem muß ich entgegen treten, als blide der Bundesrath mit towerärer Verachtung auf den Reichstag. Wenn der Bundesrath einen solchen Schluß daraus zieht, daß der Bundesrath Beschlüssen dieses Hauses nicht beitrifft, so könnte man ja mit demselben Rechte aus der Ablehnung von Bundesraths-vorlagen durch den Reichstag den Schluß ziehen, daß der Reichstag mit towerärer Verachtung auf den Bundesrath blickt. Bundesrath und Reichstag sind gleichberechtigte Faktoren, jeder darf für sich Freiheit seiner Beschlüsse beanspruchen. Wenn dann Herr Singer noch mit Ablehnung des Etats droht, so erlauben Sie doch nicht, daß Sie dem Bundesrath einen Geallan mit dem Etat thun und mit der Verneinung des Etats ihm Kummer bereiten. Der Bundesrath legt Gleich und Glets vor, nicht in seinem Interesse, sondern in dem des Reiches, und wenn der Reichstag aus Empfindlichkeit oder Uebelwillen den Etat ablehnt — haboat sibi. — Abg. v. Grollinski (Polen) erklärt sich Namens der Polen für den Antrag Böttcher und fügt hinzu: Die Polen halten seit an dem allgemeinen gleichen Wahlrecht. — Abg. Förster (Ant.) spricht ebenfalls für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechtes und für möglichste Sicherung des Wahlscheitnisses. Die in dem Antrag Böttcher vorgeschlagenen Vorschläge erheben sich über die übliche. — Abg. Böttcher: Wenn der Herr Staatssekretär für den Bundesrath Freiheit in der Entscheidung fordert, so kann ich nur erwidern: Jaßen Sie doch endlich einen Entschluß! Herr Böttcher weiß nichts von den Bestrebungen gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht. Im Herrenhaus hat Graf Mirbach gefaßt, die Regierung möchte einen neuen Reichstag auf anderer Grundlage in's Leben treten lassen und zwar unverzüglich, und dann hat Herr Graf Mirbach an Alexander und sein Schwert erinnert. Was soll das Alles heißen, wenn es nicht einen Bruch der Befassung bedeuten soll? — Abg. Graf Limburg-Stürum (Konf.) bespricht, daß die Worte des Grafen Mirbach in der Frage des Wahlrechts nicht die Worte der Linken, welche in der Frage des Wahlrechts in der Dilitenfrage auf einen Konflikt losstürzte. — Abg. v. Buchta (Konf.) stellt ebenfalls nochmals in Abrede das von den Konserwativen beabsichtigte werde, das Wahlrecht anzustalten. — Abg. Lieber (Centrum): Die Konserwativen Singer's hatten jedenfalls das Vortheil, daß sie die Herren Graf Limburg-Stürum und v. Buchta in ihrem im Namen der ganzen Konserwativen Partei abgegebenen Erklärung, daß die Konserwativen Partei das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht anzustalten werden Sie von uns nicht erwarten können, daß wir uns, um unsere Forderungen durchzusetzen, auf die Seite der Steuererweiterer stellen, wie Herr Singer dies wünscht. Das haben Sie von uns bisher noch nicht erlebt und das werden Sie auch künftig von uns nicht erleben. — Abg. Liebermann v. Sonnenberg spricht sich für den Antrag Böttcher aus, aber nicht wegen der Wahlbeeinflussung durch Beamte, sondern vielmehr um der Wahlbeeinflussung seitens der Parteien links ein Ende zu machen, insbesondere der Wahlbeeinflussung durch freiwilige jüdische Arbeitgeber zu Gunsten freiwiliger Kandidaten. Redner empfiehlt dann auch Einführung der Wahlpflicht. — Abg. Windwald (Ant.) lacht die Behauptung, daß die Konserwativen eine Antikata des bestehenden Wahlrechtes beabsichtigen, durch den Hinweis auf ein konserwatives Wahlrecht zu beweisen, das die Worte enthält: „Die Stimmen müssen nicht nur gezählt, sondern auch gewogen werden.“ — Abg. Singer (Soz.): Mit der Wahlpflicht seien keine Freuden einherzustellen, aber freilich achte dazu auch die Wahlpflicht der Frauen. — Abg. Trauer (frei) Volksp.: Es ist dem Abg. Graf Limburg-Stürum nicht gelungen, die Deutung abzuweichen, welche Böttcher der Ausrufung des Grafen Mirbach im Herrenhaus gegeben hat. Was soll denn wohl das Tuscheln des gerächtigen Knotens in diesem Zusammenhange und noch dazu unverzüglich, wenn nicht einen Verfassungsbruch bedeuten? — Abg. Bebel: Trotz der Erklärung der Konserwativen werden dieselben den Tag mit Freuden begrüßen, wo die Regierung gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht vorzugehen. Habe doch Graf Limburg selber vor einhalb Jahren im preussischen Abgeordnetenhause sich gegen das bestehende Wahlrecht ausgesprochen. — Abg. Graf Limburg-Stürum bespricht, daß aus seiner damaligen Ausrufung der von Bebel ausgesprochene Satz in diesen Tagen und der zweiten Lesung wird zunächst der erste Paragraph des beantragten Reichentwurfs gegen die Stimmen der Konserwativen und der Reichspartei angenommen. Vor der Abstimmung über den nächsten Paragraphen beweist Abg. v. Kardorff die Reichstagsfähigkeit des Hauses. Die Abstimmung erzieht die Annahme von 161 Mitgliefern, das Haus ist also beschlußfähig. — Wegen dritte Beratung der Vorlage Militärreformvorlage vom Feldwebel abwärts, sowie Invalidegesetz, seiner Nachtragseinzel, Judensteuererhöhung.

In der That sind wir bei uns zu Lande noch lange nicht so schlau daran, wie anderswo. Manah eine fremde Regierung würde sich Glück wünschen, wenn sie in unserer Haut steckte. Zu diesen fremden Regierungsinhabern, die sich auf ihren Posten hervorwagend ungemüthlich fühlen, gehört in erster Linie Herr Ribot, der wenig beneidenswerthe Präsident des 31. Ministeriums der dritten französischen Republik. Der Ehren des Landes, die Deputiertenkammer, ist am Montag wieder zusammengetreten und diese Gelegenheit hat Herr Ribot benutzt, um in Vorrede eine Rede zu halten, die ihrer Absicht nach eine Empfehlung der bisherigen Politik des Kabinetts darstellen sollte, in Wirklichkeit aber nichts weiter war, als eine leidenschaftliche Entschuldigung für die unverzeihliche Thatsache, daß ein Kabinet Ribot-Sanotanz überhaupt zu existiren wagt. Man denke — Herr Ribot, der in Gemeinschaft mit Herrn Sanotanz dem Lande die „Schmach von Nies“ angehaftet hat! Das hat die Chauvinisten ganz aus dem Hänschen gebracht und sie wollen ihren Gefühlen einen parlamentarischen Abzugskurs durch eine entsprechende Interpellation eröffnen. Daß Herr Ribot einigermaßen Dampf davor hat, sieht außer Frage. Ist er doch bereits in seiner in Bordeaux gehaltenen Rede um diesen Punkt wie die Kugel um den heißen Brei herumgegangen und hat sogar bei der Ernennung der Intervention der drei Mächte in Ostafrika nur von einem „Zweibund“ gesprochen. Deutschland ist also nur eine „quantité négligeable“, von der man nicht einmal spricht. Diese kleine, aber bezeichnende Konfession an dem Chauvinismus läßt als Vorspiel auf die Weiterungen schließen, die sich bei der Besprechung der verhängnisvollen Interpellation ergeben können. An Ausfällen und Ungezogenheiten gegen Deutschland wird es schwerlich fehlen. Das sind wir aber bei unseren westlichen Nachbarn bereits so gewohnt geworden, daß uns bloße wörtliche Ausbrüche ihrer nationalen Leidenschaft nicht mehr anzusehen vermögen, sondern uns höchstens ein Rächeln entlocken über die bunten Schellenkappen, mit denen die Herren von Chauvin's Gnaden sich so schön herauszuwippen verstehen. Die Hauptfrage ist, daß die Regierung mit dreier Haut aus dem bevorstehenden chauvinistischen Sturm bade herauskommt, daß sie nicht, während der Wicht ihr in's Gesicht spricht, den letzten Standpunkt verliert, ausgleitet und das Rückgrat bricht.

Das der jüngste Zusammenstoß zwischen Staat und Kirche in Frankreich gerade wegen einer finanziellen Frage erfolgte, ist bezeichnend für den Charakter der Lage überhaupt. In dem Haushalt der dritten Republik hat sich die große Kaufpläne des deutschen Reichs eingeschrieben. Sie spinnt ihr Gewebe fort und fort und verhängt eine Milliarde nach der anderen. Auf 30 hat sie es bereits gebracht und noch immer wissen die Staatsmänner der Republik keinen Rath, wie sie die gefürchteten Ungehobenen Herr werden sollen. Der Radikalismus möchte es gern mit der direkten Steuererhebung zu Tode wachen, aber erst muß die Jange angefertigt werden und da hapert es. Direkte Steuern sind der herrschenden Schule ein Schmel der Bewußtsein. Nach der Meinung dieser Theoretiker haben sie ihren Namen nur deshalb, weil sie „direkt“ in den sozialistischen Staat hineinführen. Andererseits sind aber die Gegner der direkten Besteuerung auch nicht gewillt, zu einer durchgreifenden Reform des indirekten Steuerwesens die Hand zu bieten und so kommt überhaupt nichts Gesehildes zu Stande. Man sieht hier und da und tastet unsicher auf's Gerathewohl nach neuen Steuerobjekten umher. Dabei ist man denn auch auf die Zuwachssteuer verfallen, mit der man gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt, indem man nicht bloß das Loch im Staatsbüdel ein wenig zupflückt, sondern zugleich auch der verhassten kirchlichen Autorität eins verzieht. Freilich, an das viele Ende, das nun hinterher kommt, hatte man nicht gedacht. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man die ganzen inneren Schwierigkeiten der dritten Republik, die so bedrohlich sind, daß sie an den Grundlaggen der französischen Gesellschaft rütteln, in letzter Linie auf die verpöbichte Finanzgebarung des Landes zurückführt. Jede französische Regierung von heute ist in die fatale Nothwendigkeit verwickelt, mit der Revolution und dem Radikalismus zu fechten, um nur die Gläubiger des Budgets alljährlich der Nation präsentieren zu können. Dabei erheben sich diese Gläubiger von Jahr zu Jahr in immer düstigerem Ansehen und schon beginnen die Schatzkassen aus ihrem künstlichen Körper herauszufallen. Es gelingt je länger desto weniger das Budget rechtzeitig fertig zu stellen, wobei man bereits auf den Gedanken gekommen ist, das Etatsjahr künftig erst am 1. Juli beginnen zu lassen. Bei dem Fortschreiten auf diesem Wege gäbe es schließlich einen Postnumerando-Etat. Dieses budgetäre Ideal, bei dem die Regierung nach eigenem Ermessen die nöthigen Ausgaben zu machen und die Kammer nur hinterher ihr Placet zu geben hätte, wird vielleicht eine Errungenschaft des 20. Jahrhunderts werden. Einstweilen aber bleibt Alles beim Alten und dieser Beharrungsstand hat gerade für die französische Republik so wenig Bedenkendes, daß die Franzosen ungleich schwerer wiegenden Anlaß als wir haben, an das Schicksal die sorgenbeschwerte Frage zu richten: „Was nun?“

Berlin, Reichstag. Auf der Tagesordnung steht der von Abg. Böttcher (frei) ver. beantragte Geheimschweizer betr. Abänderung des Reichswahlgesetzes. — Abg. Böttcher: Der Antrag ist im Vorhinein von diesem Hause bereits angenommen worden. Die Angelegenheit beschäftigt den Reichstag schon seit 6 Jahren. Die gegenwärtige Fassung beruht auf einem Kompromiß. Nehmen Sie diesen Antrag an, Sie legen damit zugleich Protest ein gegen gewisse geradezu hochverräterische Bestrebungen, welche in der Vergangenheit und sogar in Parlamenten laut geworden sind gegen unser bestehendes Wahlrecht. — Abg. Wagemann (nl.): Auch wir wünschen die Erhaltung des bestehenden Wahlrechtes und von diesem Gesichtspunkte aus sind wir bereit, die bestehende Hand an etwa vorhandene Mängel desselben zu legen. — Abg. Lieber (Centr.): Nachdem wir selbst früher die Anregung dieser Angelegenheit gegeben und noch im Vorhinein dem gleichen Antrag zugestimmt haben, verziehe es sich von selbst, daß wir dies auch heute thun. Wir werden so lange wiederkommen, bis diese Forderung erreicht ist. Redner bedauert jedoch den Widerstand, auf den die Forderung nach Tagesordnung für die Abgeordneten stößt. Auch er legt seine Bedenken ein gegen die auch parlamentarisch hervorgerateten Bestrebungen nach Vereinfachung des allgemeinen Wahlrechtes. — Abg. v. Buchta erklärt sich für die Aufhebung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes nichts bekannt. (Gelächter links). Seine Partei lehne den vorliegenden Antrag ab. — Abg. Singer (Soz.): Wenn Herr v. Buchta von solchen Bestrebungen nichts weiß, so mag er doch Herrn Graf Mirbach darnach fragen (Beifall). Was den vorliegenden Antrag und die Dilitenfrage anlangt, so kann ich nur sagen: Wenn der Reichstag seine verfassungsmäßige Macht gebrauchen will, dann wird der Bundesrath, der mit towerärer Verachtung auf den Reichstag und seine Beschlüsse blickt, es nicht

**Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 15. Mai.**

Berlin, Reichstag. Auf der Tagesordnung steht der von Abg. Böttcher (frei) ver. beantragte Geheimschweizer betr. Abänderung des Reichswahlgesetzes. — Abg. Böttcher: Der Antrag ist im Vorhinein von diesem Hause bereits angenommen worden. Die Angelegenheit beschäftigt den Reichstag schon seit 6 Jahren. Die gegenwärtige Fassung beruht auf einem Kompromiß. Nehmen Sie diesen Antrag an, Sie legen damit zugleich Protest ein gegen gewisse geradezu hochverräterische Bestrebungen, welche in der Vergangenheit und sogar in Parlamenten laut geworden sind gegen unser bestehendes Wahlrecht. — Abg. Wagemann (nl.): Auch wir wünschen die Erhaltung des bestehenden Wahlrechtes und von diesem Gesichtspunkte aus sind wir bereit, die bestehende Hand an etwa vorhandene Mängel desselben zu legen. — Abg. Lieber (Centr.): Nachdem wir selbst früher die Anregung dieser Angelegenheit gegeben und noch im Vorhinein dem gleichen Antrag zugestimmt haben, verziehe es sich von selbst, daß wir dies auch heute thun. Wir werden so lange wiederkommen, bis diese Forderung erreicht ist. Redner bedauert jedoch den Widerstand, auf den die Forderung nach Tagesordnung für die Abgeordneten stößt. Auch er legt seine Bedenken ein gegen die auch parlamentarisch hervorgerateten Bestrebungen nach Vereinfachung des allgemeinen Wahlrechtes. — Abg. v. Buchta erklärt sich für die Aufhebung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes nichts bekannt. (Gelächter links). Seine Partei lehne den vorliegenden Antrag ab. — Abg. Singer (Soz.): Wenn Herr v. Buchta von solchen Bestrebungen nichts weiß, so mag er doch Herrn Graf Mirbach darnach fragen (Beifall). Was den vorliegenden Antrag und die Dilitenfrage anlangt, so kann ich nur sagen: Wenn der Reichstag seine verfassungsmäßige Macht gebrauchen will, dann wird der Bundesrath, der mit towerärer Verachtung auf den Reichstag und seine Beschlüsse blickt, es nicht

Berlin. In der Kommission des Reichstages für die Novelle des Brauntweinsteuergesetzes wirkte Schatzsekretär Graf v. Poladowski mit, daß der Bundesrath über den Schluß der Session noch keine Entscheidung gefaßt habe; jedenfalls solle aber nach dem Wunsch der verbündeten Regierungen die Brauntweinsteuererhöhung noch in der gegenwärtigen Session verabschiedet werden. — Die Kommission des Reichstages für die Novelle der Gewerbeordnung hat beschlossen, daß nur diejenigen Buch-, Kunst- und Bildwerke vom Handverkauf auszunehmen sind, die in kirchlicher oder religiöser Beziehung Bedeutung erlangen. — Die Kaiserin Friedrich hat mit Genehmigung des Kaisers über die große internationale Kunstausstellung im Jahre 1896 das Ehrenpräsidium übernommen. — Die Königl. Anstaltensammlung in Dresden hat auf der großen Berliner Kunst-Ausstellung Hugo Lederer's (Weilm) „Leinwandende Soldaten“, Gemäldegruppe, angekauft. — Die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch wird vor Eintritt der Sommerferien die 2. Lesung beenden und im Oktober beim Wiedervereintritt wird das Einführungsgesetz durchberathen werden. Man ist in der Kommission der Ueberzeugung, daß mit dem Ende des Jahres die genannten Arbeiten dem Bundesrathe und Reichstages werden zugehen können. — Beim Festmahl, das zu Ehren v. Wismann's gestern im Kaiserhof stattfand, bezeichnete Wismann, der sich Ende Juni nach Ostafrika begibt, als sein Ziel die Förderung der wirtschaftlichen Arbeit, der Handels- und Plantagenarbeiten und der kaufmännischen Bestrebungen, auf denen die Zukunft Deutsch-Ostafrikas beruht, im weiteren An-

**Stund's berühmte Kindermilch.**  
 Dresden, Malterstr. 79.